

Hansestadt Stendal		Vorlage	Datum: 27.02.2023
Amt:	13 - Büro des Oberbürgermeisters	Drucksachenummer:	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Az.:		VII/0833/1	
TOP:	Durchführung des 23. Sachsen-Anhalt-Tages		

Beratungsfolge:			Beratungsergebnis:
Haupt- und Personalausschuss	am:	15.03.2023	
Stadtrat	am:	27.03.2023	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Durchführung des 23. Sachsen-Anhalt-Tages unter der Bedingungen, dass die Zuschüsse des Landes Sachsen-Anhalt um 100.000 € erhöht und konzeptionelle Einsparung von 50.000€ vorgenommen werden.

Der geänderte Beschluss zur Vorlage VII/0833 wird aufgehoben.

Begründung:

Am 13.02.2023 hat der Stadtrat der Hansestadt Stendal auf Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden mehrheitlich beschlossen, den 23. Sachsen-Anhalt-Tag durchzuführen unter der Bedingung der Nachverhandlung mit der Staatskanzlei und die Zuschüsse für die Durchführung in 2024 um 150.000,00 € erhöht werden.

Daraufhin fanden mehrere Gespräche mit der Staatskanzlei statt, um das Konzept und die Finanzierung des Sachsen-Anhalt-Tages 2024 anzupassen. Es konnte eine Einigung über die Reduzierung der Veranstaltungskosten im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung hergestellt werden.

Die Staatskanzlei und die Hansestadt Stendal haben gemeinsam mehrere Vorschläge zur Anpassung des Konzeptes erarbeitet, welche dem zuständigen Kultur- und Staatsminister zur Entscheidung vorgelegt wurden.

Es bestand Einigkeit darüber, dass der Sachsen-Anhalt-Tag mit dem zentralen Element des Festumzuges ein Volksfest für die Menschen in der Region sein solle.

Als Einsparmaßnahme werden die Regionalbühnen in den jeweiligen Regionaldörfern wegfallen. Die Bühnen wurden durch die Ausrichterstadt den Landkreisen zur Verfügung gestellt um regionales Programm darzustellen. Dieses wird nun auf den größeren Medienbühnen oder in den Regionaldörfern möglich sein. So können die regionalen Programme in einem weniger aufwendigen Format präsentiert werden.

Die Hansestadt Stendal und die Staatskanzlei gehen davon aus, dass somit ungefähr 50.000 € eingespart werden können.

In den Gesprächen signalisierte die Staatskanzlei den Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt an die Ausrichterstadt um weitere 100.000 € erhöhen zu wollen. Den entsprechenden Änderungsantrag hat die Staatskanzlei in die Haushaltsdebatte eingebracht und wurde am 02.03.2023 bereits in der Bereinigungssitzung des Finanzausschusses zum Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt angenommen.

Der Landtag wird den Haushalt voraussichtlich zwischen dem 22. – 24.03.2023 beschließen.

Um die Sichtbarkeit des Landesfestes über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus zu erhöhen, ist es auf Vorschlag des Leiters der Staatskanzlei angedacht, im Rahmen eines Pressetermins in der Staatskanzlei Gäste aus Berlin zu empfangen.

Bastian Sieler
Oberbürgermeister